

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.



Anzeigenpreis: Die Zeile für 14 Tage 200.—, Restausgabe 200.—

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Später und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erhalten wesentlich drei mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. — Höhere Gestalt erhaltend von Lieferung, Nachlieferung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Bezugspreis bis 15. Juli: durch unsere Geschäftsstelle 200.—, von anderen Orten ins Haus gebracht 210.—, bei den Postanstalten 210.— ohne Zustellung, Einzel-Numerus 200.—

Bezugsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zeilstraße 10, — auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Preisdruck Nr. 359. — Postkontonummer 24418.

Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsgerichts, des Magistrats und der Polizeiverwaltung zu Teuchern. Verkündigungsblatt der Anzeigen des Weichenseeler Landratsamtes und des Kreisamtschusses, sowie des Weichenseeler Bauamtes.

Nr. 79

Dienstag, den 10. Juli 1923

62 Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Wegen des Vorfalls bei Duisburg haben den belgischen und der französische Botschafter in Berlin Protest erhoben.

— Poincaré erzielte nach scharfen Angriffen auf den Vertrag von Versailles einen Vertrauensvotum.

— Die Eisenbahntarife sollen zum 1. August abermals beträchtlich erhöht werden.

— Der Reichstag ist in die Sommerferien gegangen.

— Frankreich wird auf den englischen Fragebogen keine schriftliche Antwort geben.

— Der Dollarkurs blieb unbeeinträchtigt 176.000.

Reparations-Garantien.

Poincaré baut künstliche Demonien für die Erledigung der Reparationszahlungen auf. Seine Forderungen in Paris verlangen als Garantie für die Abtragung unserer Verpflichtungen allen Besitz und alles Vermögen im Deutschen Reich. Diese Forderung ist schon früher von dem französischen Ministerpräsidenten erwähnt worden, sie wird jetzt angesichts der Verhandlungen mit England besonders nachdrücklich erhoben.

Das bedeutet nichts Geringeres, als daß ganz Deutschland unter Sequester gestellt werden soll. Dieses Begehren ist ebenso unbillig, wie unmöglich. Es kann doch nicht die Regierung in Paris sich ein Steuerrecht ausbehalten, denn anders kann sie das bewegliche deutsche Vermögen nicht erfassen. Und noch weniger kann sie ein Enteignungs- oder Pfandversteigerungsrecht für Vermögenswerte in Anspruch nehmen oder gar eine Pfandbeschlagnahme veranlassen, wie sie bei der Beschlagnahme der Erdbebensicherungen in Frankreich vor 25 Jahren stattgefunden hat.

Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum vom 7. Juni als Garantien für die Reparationszahlungen die Veranlagung der großen wirtschaftlichen Verbände (Industrie, Landwirtschaft, Weidewesen), der Eisenbahn und der Zölle und Steuern mit besonderen Befreiungen vorgeschlagen. Die Interessenten haben sich zur Tragung dieser schweren Lasten, die etwa 500 Milliarden ausmachen sollten, bereit erklärt, und es besteht kein Zweifel, daß eingehalten wird, was zugesichert worden ist. Dafür bürgen die Namen des deutschen Vorkrieges.

Das soll es heißen, daß aller Besitz und alles Vermögen in Deutschland bürgen sollen? Ein solches Mann mit ein paar Millionen Papiermark Vermögen oder Besitz auszupressen und auszubücheln, ist nutzlos. Diese Zustimmung ist eine so zweifelhafte, daß sie schließlich nur auf Vorwände für weitere Prellereien hinauslaufen wird.

Damit noch nicht genug, soll der unbewegliche Besitz mit einer Sondersteuer belastet und noch eine außerordentliche Aufschlagsteuer erhoben werden. Die Gesamtsomme dieser neuen Forderungen wird aller Voraussicht nach, wenn sie durchgesetzt würden, so erheblich werden, daß unter ihrer Last die deutsche Produktion und die Existenz ihrer Träger zusammenbrechen muß. Die Bevölkerung Deutschlands von 60 Millionen scheint den Franzosen den Kopf zu verdecken, so daß sie sich einlaßt auf das Wohlbehagen legen, um diese Zahlen herauszubringen, für deren tatsächliche Wert keine Grundlagen vorhanden sind.

Angenommen, daß man in Paris nicht daran denkt, die deutsche Industrie durch hohe Steuern zu konfiszieren, sondern sie mit der französischen Konkurrenz verwechseln und dieser nutzbar machen will, so wird auch in dieser Weise ein unheilvoller Zustand geschaffen. Die deutsche Industrie ist durchschüttelt, an Weidewesen und Grundbesitz der Franzosen überlegen, sie kann sich, wenn sie etwas leisten soll, von der lehreren nicht weichen lassen. Dazu sind die Charaktere zu verschieden, als daß sie sich für längere Zeit vertragen könnten. Wiltuin wird es auch nie werden.

Frankreich will nach weiterer Rührung reformieren. Dabei ist die französische Republik der einzige Staat in Europa, der nach den zunehmenden Forderungen der Finanzagenten einer Finanzreform selbst am meisten bedürftig ist. Der Franzose ist nun einmal kein geborener Kaufmann, er vermag in dieser Beziehung dem Engländer, Amerikaner und Holländer den Rang nicht abzulassen. Die Stabilisierung der deutschen Währung durch Frankreich wäre eine Selbstmord-Tat.

Es kommt immer wieder auf dasselbe heraus, daß die langen Erörterungen in politischer Beziehung wenig oder keinen Erfolg haben werden, solange nicht die grundsätzliche Einschließung erfolgt ist, nämlich, wie soll die Zahlung stattfinden, und welche Bürgschaften werden dafür von uns verlangt. Dies sind die Punkte, bei denen Poincaré unerfüllbare Sündenmüll aufstapeln kann und wie tot leben, richtet er sie auf. Daran festhalten die meisten Ergebnisse. Die Klärung des Subjekts ist deshalb für ihn gar

nicht so wichtig, weil er sie durch die Reparation illusorisch machen kann. Sagen wir, daß wir den passiven Widerstand aufgeben wollen, so kommt er mit der Antwort, die Klärung erfolgt nach Maßgabe der Zahlung. Und erkundigen wir uns nach der letzteren, so werden unerfüllbare Bedingungen genannt.

Der Vorfall von Duisburg.

Ein belgisch-französischer Protest.

Nach einer Inhabensmeldung ist in London das Gerücht im Umlauf, daß die belgische Regierung eine Note an die deutsche Regierung geschickt habe, durch welche Reichsminister Luno aufgefordert wird, die gegen die Besatzungstruppen im Rheinland und im Ruhrgebiet begangenen Attentate zu brandmarken. Die französische Regierung hat sich diesem Schritt angeschlossen. Wenn das Deutsche Reich keine Genehmigung gebe, dann würden der belgische und französische Botschafter in Berlin verlassen und die Führung der Geschäfte den Geschäftsträgern übergeben.

In der Tat sind in Berlin vom belgischen und französischen Botschafter Proteste überreicht worden. Es soll sich dabei allerdings nicht um die Aufforderung zu einer generellen Erklärung gegen die Anschläge auf die Besatzungstruppen, sondern um bestimmte einzeln behandelte Fälle handeln. Und es soll daran nicht die Androhung geknüpft sein, die beiden Botschafter abzuberufen.

Wie weiter berichtet wird, haben beide Missionen als Auffassung ihrer Regierung im Auswärtigen Amt dargelegt, die Reichsregierung habe sich durch diese Anordnungen über den passiven Widerstand, durch ihre Verleumdungen u. dgl. für die Folgen des Widerstandes verantwortlich gemacht. Die belgische und französische Regierung müßten verlangen, daß das Attentat auf die Duisburger Brücke mißbilligt werde, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Als Beweis dafür, daß Deutsche an dem Attentat beteiligt gewesen seien, wies der belgische Gesandte darauf hin, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosivbombe gefunden worden seien.

Die Antwort der Reichsregierung.

Der Vertreter der Reichsregierung hat darauf geantwortet:

Der Vorfall in Duisburg sei der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmedien bekannt geworden. Alle Versuche, sich ein klares Bild zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, weil die deutschen Konsulatsbehörden keine Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Selbst wenn an dem Vorfall Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, so könne nicht zugegeben werden, daß die deutsche Regierung irgend eine Verantwortung dafür zu tragen habe oder in irgend einer Weise zu dezentigen Akten ermutigt habe.

Nach Beginn der Räumaktion habe die deutsche Regierung Anordnungen erlassen, die nicht die Ursache, sondern die Folge des spontan aus der Seele der Bevölkerung hervorgegangenen Widerstandes gewesen seien.

Das Reichstelegramm im Falle Schlägler sei eine ganz natürliche und selbstverständliche Kundgebung gewesen, nachdem ein deutscher Mann von einem fremden Kriegsgesicht auf deutschem Boden für eine wahrlich nicht aus ehrlcher Bestimmung entspringende Tat verurteilt und hingerichtet worden sei. Man dürfe nicht vergessen, daß kein Belgier oder Franzose trotz des massiven Bezugs der Besatzungstruppen auch nur ein Haar gekrümmt worden sei, während mehr als 20 Deutsche hingerichtet oder in den Händen der Besatzungstruppen eingekerkert haben.

Die Interdention des Papstes.

Die Verhandlung mit Paellli.

Ueber die Unterredungen des Reichsministers mit dem apostolischen Nuntius Paellli wird amtlich mitgeteilt: Nuntius Paellli hat im Auftrag der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichsminister darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gereinigten Volkes und als verzweifelte Verurde der Rotweh zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem heiligen Stuhle darin einig, jede verwerfliche Gewaltanwendung zu verurteilen.

Die Saarfrage vor dem Völkerrund.

Der englisch-französische Gegensatz.

In geheimer Sitzung hat der Völkerrund am Freitag drei Stunden lang die Mitglieder der Saargebiet genommen. Obwohl nach dem Tode aller möglichen Koalitionsmöglichkeiten getroffen waren, kam die Beratungen vollkommen geheim ab. In der Öffentlichkeit ist die Öffentlichkeit durchgegangen. Demnach scheint es zwischen Lord Robert Cecil und Poincaré zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein, jedoch war die Verhandlung schließlich auf Einverständnis vertragen.

Präsident Paellli suchte bei der Bernehmung die Koordination mit dem Übernahmenden der Protagonda im Saargebiet und dem Befehlen geheimer Organisations zu begründen, mußte aber zugeben, daß außer dem Bericht von zwei Zeitungen und der über die angeführten geheimen Delegationen einzelner Unternehmungen nichts weiteres in Bericht der Vorbereitung gesehen sei. Er teilte zudem mit, daß die Regierungskommission jedoch eine allgemeine Annahme für alle Verträge gegen die Vorbereitung erlassen habe. Gerade diese Vorbereitungsgaben im Interesse in England Anlaß zu dem englischen Antrag auf Unterbindung der übrigen Ereignisse. Lord Robert Cecil stellte dabei dem Präsidenten Paellli eine ganze Reihe von Fragen, bei denen dieser vielfach nicht günstig abschnitt. Sehr beständig für ihn waren auch die Aussagen, die nach ihm am Nachmittag der langsame Vertreter vorbrachte. Er wies auf verschiedene Fälle hin, wo der Regierungsvorstand wichtige Verhandlungen vorgenommen habe, ohne die Regierungsmitglieder zu befragen. Paellli sagte des Saargebietes habe der französischen Regierung früher vorgezogen, als dem Generalsekretär in Genf. Dann sprach der Saarländer Vord, der über die Vorkänge beim Bergarbeiterstreik Aufschluß geben sollte. Sein Auftreten war recht ungeschickt. Er bezeichnete die Vorbereitung als vollst. berechtigt.

Deutsches Reich.

Berlin, den 9. Juli 1923.

Staat der Papiermarkkäufer. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen haben im Reichstag einen Gesetzesantrag eingebracht. — Nachbahrung von Teilschuldverreibungen. Durch den Gesetzesentwurf soll bestimmt werden, daß, wenn industrielle oder andere Erwerbsgesellschaften die ihnen vor dem 1. Januar 1919 ausgegebenen Teilschuldverreibungen zur Abzahlung kündigen oder auslösen, für jede Mark des Nennwertes der Teilschuldverreibungen der Schuldner Teil des bei der Abzahlung geltenden Preises der Reichsbank für eine Goldmark beschaffen werden muß. Die Bestimmung soll für alle Zahlungen gelten, die auf Grund von Kündigung oder Auslösung nach dem 31. Dezember 1921 fällig geworden sind oder fällig werden. Ein weiterer Antrag ergreift die Reichsbank, in welcher Weise und in welchem Ausmaß die Hypothekendarlehen beim Verkauf eines hypothekarisch belasteten Grundstücks an dem aus der Schuldentilgung fließenden Netzerpreis beteiligt werden können.

Stilles Romantik. Die „Zeit“ schreibt zu der Romantik des früheren Reichstagslers Dr. Birck, es scheint offiziell, es könne als ausgeschlossen gelten, daß die Reichsregierung Dr. Birck zu ihrem Vizepräsidenten für eine wichtige Stellungnahme bei der Kurie wähl. Seine Rede werde keine außerordentliche Bedeutung beizumessen sein.

Kardinal Faulhaber über die Einbrüche seiner Amerikareise. Kardinal Faulhaber hat vor einem größeren Kreise, zu dem auch die Mitglieder der bayrischen Regierung gehörten, einen Vortrag über die Einbrüche in Amerika gehalten. Dem Präsidenten der Kurie hat der Kardinal danach erklärt, daß die Reichsbank von heute in einer Schicksalsgemeinschaft stehen. Wenn heute ein Volk untergehe, so werde dieser Untergang seine Wellen auch in das Leben der anderen Völker hineinwerfen. Die Notlage Deutschlands werde nach den Beobachtungen des Kardinals in vielen Kreisen in Amerika nicht wenig erkannt und geteilt werden. Die große Mehrheit der Amerikaner glaubt, die große Mehrheit der Amerikaner glaubt, daß die Kurie sich für die Reichsbank der Meinung ausdrückt, daß er durch seine Amerikareise doch seinem Volk, besonders den Armen seines Volkes einen Dienst erwiesen habe.

Einigung über die Löhne der Reichsarbeiter. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben zu einer Einigung geführt. Der Christliche Gewerkschaften ohne Ortsgruppen für den Saargebiet 8208 Mark, für den unqualifizierten Arbeiter 7.688 M.

Betrifft: Gebühren für das Reinigen der Schornsteine. Mit Rücksicht auf die weiter anhaltende Selbstverwertung und die Erhöhung der Angestelltenlöhne im Schornsteinfegergewerbe werden die mit der Gebührenordnung vom 12. April 1923 festgesetzten Gebühren für das Reinigen der Schornsteine unter Wegfall der vom 1. Juni ds. J. ab eingetragenen 50%igen Erhöhung mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab um 400% erhöht.

Die Magistrats- und die Herren Gemeinde- und Gutsbesitzer des Kreises ersuchen ich, vorstehendes sofort in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

Weißenfels, den 3. Juli 1923.
Der Landrat.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der bisherige Fleischbeschaubezirk Osterfeld mit Wirkung vom 1. Juli ds. J. ab aufgeteilt worden ist und zwar in die Fleischbeschaubezirke Osterfeld und Reinevich. Die Bezirke umfassen jetzt:

- 1. Fleischbeschaubezirk Osterfeld** die Ortsteile: Osterfeld, Witten, Rißchenborn, Paucha mit Gut, Preßlich mit Gut, Schleinitz mit Gut, Corieberg, Waldau, Haardorf mit Gut und Paucha mit Gut.
- 2. Fleischbeschaubezirk Reinevich** die Ortsteile: Reinevich mit Gut, Liederbach mit Gut, Quasitz mit Gut, Gollitz mit Gut, Kleinheilmendorf mit Gut, Prielen, Woda und Weidelsdorf.

Die Fleischschau im Bezirk Osterfeld ist dem Tierarzt Laute in Osterfeld und im Bezirk Reinevich dem Barbier Otto Rittan in Ditzsch übertragen worden, welche sich in beiden Bezirken in Verbindungsfällen gegenseitig vertreten. Der Tierarzt Laute ist im Bezirk Osterfeld nur zur Übernahme der Fleischschau berechtigt, nicht aber auch zur Übernahme der Tierärztlichen Besichtigungen. Diese hat stets der präkändige Tierarzt nebst seiner Begleitung auszuführen.

Ferner bringe ich noch zur Kenntnis, daß der Tierarzt Laute zum Ergänzungsgescheuer für die Fleischbeschau Osterfeld, Reinevich und Lössitz und zum stellv. Ergänzungsgescheuer für die Fleischbeschau Droschitz, Weihenborn und Schöben bestellt worden ist. Auch ist ihm die Ausübung der Fleischschau in den Fällen der eigenen Praxis gemäß § 7 A. B. J. in sämtlichen Gemeinden und Ortsteilen des Landkreises Weißenfels übertragen worden.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß dem Tierarzt Dr. Bach in Stößen die Ausübung der st. Vertretenden Ergänzungsgescheuer in den Fleischbeschaubezirken Osterfeld, Schöben und Teuchern, dem Tierarzt Stabach wohnl. in den Fleischbeschaubezirken Reinevich und Reinevich und dem Tierarzt Dr. Kahle in Droschitz in den Fleischbeschaubezirken Weihenborn und Lössitz übertragen worden ist.

Die Ortsbehörden werden ersucht, die eingetragenen Aenderungen sofort ortsüblich bekannt zu geben.

Weißenfels, den 30. Juni 1923.

8. B. 74. Der Landrat.

Als Hochverwalter für den privaten Musikunterricht für den Bereich der Provinz Sachsen ist durch Erlass des Min. für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 28. März ds. J. der Seminar-Musiklehrer Bürger in Riesa-St. u. ernannt worden.

Reiseburg, den 8. Juni 1923.
Der Regierungs-Präsident.

Beröfentlicht.
Weißenfels bei 29. Juni 1923.
8. B. 73. Der Landrat.

Apothekerkammerwahl.
Die Wählerliste zu der bevorstehenden Apothekerkammerwahl liegt vom 15. Juli 1923 bis 31. Juli 1923 im hiesigen Kreisamt, Zimmer Nr. 13, zur Einsicht aus. Beanstandungen sind an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Apothekenbesitzer Wiede in Biederwerra zu richten.

Weißenfels, den 4. Juli 1923.
Der Landrat.

Rindvieh- u. Schweinemarkt.
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß hiersebst am

Freitag, den 13. Juli 1923
Rindvieh- und Schweinemarkt
stattfindet.

Teuchern, den 6. Juli 1923.

Die Polizeiverwaltung.
S. H. G. r. d. e. Weigand etc.

In das Genossenschaftsregister ist bei der unter Nr. 7 eingetragenen Genossenschaft Ländliche Spar- und Darlehnskasse Trebnitz eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Trebnitz bei Luckenau eingetragen worden, daß die Haftsumme auf 300 000 Mk. erhöht worden ist.

Teuchern, den 3. Juli 1923.

Amtsgericht.

Geschäfts-Verlegung.
Meiner geehrten Kundschaft von Stadt und Land zur gefälligen Kenntnis, dass ich mein
Schneiderei-Geschäft
von Dammstrasse nach
Verbindungsstr. 6
verlegt habe.
Hochachtungsvoll
Hermann Mast,
Schneidermstr.

Kreisarbeitsnachweis
Teuchern.
Amtliche Meldebefehle für alle offenen Stellen.
Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂—1 Uhr.
Gesucht werden:

13 Mädchen und ältere Anstiche in die Landwirtschaft, Brauer und Zimmerleute nach Art, mehrere Hausmädchen nach hohem Lohn nach auswärts, 10 Arbeiter, nicht zu jung, zum Nachschlüssen.

Dienstmädchen
gefragt, von 15—16 Jahr. für Hof, vom Lande, für Kleinhaushalt (2 Pers.). Vorkostung erwünscht. Hier wird vergütet. Lohn nach Vereinbarung.

Bina Lohse,
Weissenfels a. S.,
Langendorferstr.
Stadts Privatstr. 2.

Rehpincher
zugelaufen. Gegen Futterverluste und Insektenschäden abzuholen.
Gartenstr. 6

Mottenplage
beseitigt schnell:
Naphthalinpulver,
Naphthalinkugeln,
Camphorineier,
Globol. i. Beuteln.
erhältlich bei:
Curt Eitze, Drogerie.

Amerikan. Stauböl
Alleinige Niederlage für Teuchern u. Umg.
Stadt-Apotheke
Tel. 304. Karl Wolff.
Nur in versiegelten Original-Kannen und Original-Preisen.

Gratulationskarten
zu allen Gelegenheiten
empfehlen
Rudolf Lieferenz,
Papierhandlung.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Alfred Student u. Frau
Minna geb. Pfeiffer.
Sehrtau, den 9. Juli 1923.

Führe wieder am Lager
Schreibhefte alle Nr.
Rechenblöcke,
Spielkarten,
Bauschiffe,
Farbkästen,
ein- u. Schulfächer,
Bleistifte alle Nr.,
Tinten alle Farben
und viele
Taschen,
Riesel f. Säule,
Federhalter,
Anstiftfedertäpfer,
u. v.
Rudolf Lieferenz,
Schreibwarenhandl.

Schützenfest Teuchern.
Dienstag, den 10. Juli 1923.
Grosses Doppel-Konzert.
ausgeführt von **der hiesigen Stadtkapelle** und **der Zeitzer Bergkapelle** unter Leitung ihrer Dirigenten des Kapellmeisters **Hüttenrauch** und des Kapellmeisters **Bertram.**

Lichtspiele Weiße Wand
Nur 2 Tage
Dienstag, den 10. und Mittwoch den 11. Juli.
NIRVANA
3 Teil.
Der Ruf über das Meer.
Ferner der wunderbare Sittenfilm, was schon der Name sagt.
Anna Marie das Mädchen aus dem Armenhaus.
Vorführung 6,30 und 9 Uhr.

Lieferscheinebücher Bestellzettelnbücher Arbeitsbücher
eingetroffen bei
R. Lieferenz, Papierhandlung.

Für die bewiesene Teilnahme beim Ergebnis unser zu früh Dahingeshiedenen sagen besten Dank
F. Held und Kinder.
Teuchern, im Juli.

Ganz plötzlich und unerwartet verschied am Freitag den 6. Juli im Weissenfeler Krankenhaus unser Jugendfreund
Paul Wolf
im blühenden Alter von 16 Jahren.
Seinen allzuküßlichen Tod betrauern wir aufrichtig.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Jugend zu Gröben.

Todesanzeige.
Freitag 10¹/₂ Uhr abends starb nach schweren Leiden im Weissenfeler Krankenhaus unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Paul Wolf
im blühenden Alter von 16 Jahren.
Dies zeigt tiefbetruert an
Familie Ernst Wolf
nebst Angehörige.
Beerdigung findet Dienstag Nachmittag 1¹/₂ Uhr, in Gröben, vom Trauerhause aus statt.

Druck und Verlag von Otto Weigand, Teuchern. Schriftleitung: Rudolf Lieferenz, Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger für Teuchern und Umgegend.



Anzeigenpreis: Die Zeile für 14 Tage, 200.—, Restzahlung 100.—

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10, bis spätestens nachmittags 9 Uhr. Später und komplizierter Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich drei mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. — Höhere Gewalt erlischt von Verzögerung, Modifizierung od. Nichtabgabe d. Druckfertig.

Bezugspreis bis 15. Juli durch unsere Geschäftsstelle Nr. 2000.—, von anderen Orten ins Haus gebracht Nr. 2100.—, bei den Postämtern Nr. 2100.— ohne Zustellung Einzelnummer Nr. 400.—

Belegungsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Leipzigerstr. 10, — auch von unseren Boten und allen Verkaufsstellen angenommen.

Druckerei Nr. 389. — Verlagsanstalt Leipzig Nr. 24 813.

Amliches Verkündigungsblatt des Amtsgerichts, des Magistrats und der Polizeiverwaltung zu Teuchern.
 Verkündigungsblatt der Anzeigen des Weichsener Landratsamtes und des Kreisauflusses, sowie des Weichsener Finanzamtes.

Nr 79

Dienstag, den 10. Juli 1923

62 Jahrgang

Was gibt es Neues?

- Wegen des Vorfalles bei Duisburg haben bei Belgien und der französische Botschafter in Berlin Protest erhoben.
- Poincaré erhielt nach heftigen Angriffen auf den Kopf von der französischen Kammer ein Vertrauensvotum.
- Die Eisenbahntarife sollen zum 1. August abermals beträchtlich erhöht werden.
- Der Weichsener ist in die Sommerferien gegangen.
- Frankreich wird auf den englischen Fragebogen keine schriftliche Antwort geben.
- Der Dollarkurs blieb unverändert 176 000.

Reparations-Garantien.

Poincaré baut künstliche Hemmnisse für die Erhebung der Reparationszahlungen auf. Seine Zeitungen in Paris verlangen als Garantie für die Abtragung unserer Verpflichtungen allen Besitz und alles Vermögen im Deutschen Reich. Diese Forderung ist schon früher von dem französischen Ministerpräsidenten ermahnt worden, sie wird jetzt angelehnt bei Verhandlungen mit England besonders nachdrücklich erhoben.

Das bedeutet nichts Beringertes, als daß ganz Deutschland unter Sequester gestellt werden soll. Dieses Begehren ist ebenso unbillig, wie unausführbar. Es kann doch nicht die Regierung in Paris sich ein Steuerrecht ausbedingen, denn andere kann sie das belagerte deutsche Vermögen nicht erschöpfen. Und noch weniger kann sie ein Enteignungs- oder Zwangsversteigerungsrecht für Immobilien in Anspruch nehmen oder gar eine Zwangsverwaltung veranlassen, wie sie bei der Beschlagnahme der Ordensstellungen in Frankreich vor

nicht so wichtig, weil er sie durch die Reparation illusorisch machen kann. Sagen wir, daß sich den belagerten Widerstand aufgeben wollen, so kommt er mit der Antwort, die Währung erfolgt nach Maßgabe der Zahlung. Und erfinden wir uns nach der letzteren, so werden unerfüllbare Bedingungen genannt.

Der Vorfal von Duisburg.

Ein belgisch-französischer Protest.
 Nach einer Spätsmeldung ist in London das Gerücht in Umlauf, daß die belgische Regierung eine Note an die deutsche Regierung gerichtet habe, durch welche Reichsminister Luno aufgefordert wird, die gegen die Besatzungstruppen im Rheinland und im Ruhrgebiet vorgegangenen Akte zu brandmarken. Die französische Regierung hat sich diesem Schritt angeschlossen. Wenn das Deutsche Reich keine Genehmigung gebe, dann würden der belgische und französische Botschafter Berlin verlassen und die Führung der Geschäfte den Weichsenträgern übergeben.

In der Tat sind in Berlin vom belgischen und französischen Botschafter Noten überreicht worden. Es soll sich dabei allerdings nicht um die Aufforderung zu einer generellen Erklärung gegen die Anschläge auf die Besatzungstruppen, sondern um bestimmte einzeln behandelte Fälle handeln. Und es soll daran bisher nicht die Androhung gemißt sein, die beiden Botschafter abzurufen.

Wie weiter berichtet wird, haben beide Missionen als Auffassung ihrer Regierung im Ausdrücklichen Amt dargelegt, die Weichsregierung habe sich durch diese Anordnungen über den belagerten Widerstand, durch ihre Weichsbestimmungen u. dgl. für die Folgen des Widerstandes verantwortlich gemacht. Die französische und belgische Regierung müßten verlangen, daß das Attentat auf die Duisburger Brücke mißbilligt werde, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Als Beweis dafür, daß Deutsche an dem Attentat beteiligt gewesen seien, wies der belgische Gesandte darauf hin, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosionsbombe gefunden worden seien.

Die Antwort der Reichsregierung.

Der Vertreter der Reichsregierung hat darauf geantwortet:

Der Vorfal in Duisburg sei der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmedien bekannt geworden. Alle Versuche, sich ein klares Bild zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, weil die deutschen Lokalbehörden keine Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Selbst wenn an dem Vorfal Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, so könne nicht angegeben werden, daß die deutsche Regierung irgend eine Verantwortung dafür zu tragen habe oder in irgend einer Weise zu derartigen Akten ermutigt habe.

Nach Beginn der Ausrückung habe die deutsche Regierung Anordnungen erlassen, die nicht die Ursache, sondern die Folge des spontan aus der Seele der Bevölkerung hervorgegangenen Widerstandes gewesen seien.

Das Weichsbestimmungen im Falle Schläpfer sei eine ganz natürliche und selbstverständliche Annahme gewesen, nachdem ein deutscher Mann von einem fremden Kriegesgerät auf deutschem Boden für eine waghalsig nicht aus eigener Geinnung entlassenen Tat verurteilt und hingerichtet worden sei. Man dürfe nicht vergessen, daß kein Belgier oder Franzose trotz des mächtigen Verwehres der Besatzungstruppen auch nur ein Paar Schußlos ihr Leben unter den Augen der Besatzungstruppen eingehängt haben.

Die Intervention des Papstes.

Die Verhandlung mit Pacelli.

Ueber die Unterredungen des Weichsanzlers mit dem apostolischen Nuntius Pacelli wird amtlich mitgeteilt: Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im belagerten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Weichsanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handle, die aus der Erregung eines geistigen Volkes und als verprovoktierte Verurtheilung der Notwehr zu erklären sind. Die Weichsregierung sei jedoch mit dem heiligen Stuhle darin einig, jede verwerfliche Gewalttätigkeit zu verurteilen.

Die Saarfrage vor dem Völkerrath.

Der englisch-französische Gegensatz.

In gehobener Stimmung hat der Völkerrath am Freitag bei Genève lang die Mitglieder der Saarfrage angenommen. Obwohl nach dem Tross alle möglichen Beschlüsse getroffen waren, konnte die Beratungen vollkommen geheim bleiben. In wohlgeheimer ist in der Öffentlichkeit durchgedrungen. Danach scheint es zwischen Lord Robert Cecil und Poincaré zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein, sodas man die Verhandlungen schließlich auf Sonnabend vertagte.

Präsident Kaull suchte bei der Vernehmung die Autorisierung mit dem Übernahmenden der Verantwortung im Saargebiet und dem belagerten Gebietern Organisationen zu begründen, mußte aber zugeden, daß außer dem Bericht von zwei Zeitungen und der über die angeblichen geheimen Organisationen eingeleiteten Untersuchung nichts weiteres in Berfolg der Rotwechregung gegeben sei. Er sollte zudem mit, daß die Weichsregierungsmissionen jedoch eine allgemeine Antwort für alle Beschlüsse gegen die Rotwechregung erlassen habe. Gerade diese Rotwechregungen haben in Frankreich in England Anlaß zu dem englischen Antrag auf Unterzeichnung der jüngsten Ereignisse. Lord Robert Cecil stellte daher dem Präsidenten Kaull eine ganze Reihe von Fragen, bei denen dieser vielfach nicht genügend abhewilt. Cecil behauptete für ihn waren auch die Aussagen, die nach ihm am Nachmittag der französische Vertreter vorbrachte. Er wies auf verschiedene Fälle hin, wo der Weichsregierungspräsident wichtige Weichsregierungsangelegenheiten vorgekommen habe, ohne die Weichsregierungsmitglieder zu befragen. Das Budget des Saargebietes habe der französischen Regierung früher vorgelegen, als dem Generalsekretär in Genè. Demnach sprach der Saarländer Hand der über die Weichsregierung beim Weichsregierungsamt Ausschluß geben sollte. Sein Auftreten war recht ungeschickt. Er bezeichnete die Rotwechregung als vollst. berechtigt.

Deutsches Reich.

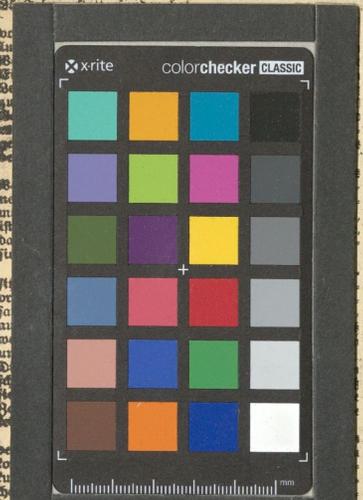
— Berlin, den 9. Juli 1923.

Schluß der Papiermarktsgläubiger. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen haben im Reichstag einen Weichsentscheidungsantrag eingebracht, betr. Rückzahlung von Teilschuldenverschreibungen. Durch den Weichsentscheidungsantrag soll bestimmt werden, daß wenn unvollständige oder andere Erwerbsgesellschaften die ihnen vor dem 1. Januar 1919 ausgegebenen Teilschuldenverschreibungen zur Rückzahlung künftigen oder auslosen, für jede Mark des Nennwertes der Teilschuldenverschreibungen der künftigen Zeit des am Tage der Rückzahlung geltenden Preises der Reichsbank für eine Goldmark bezahlt werden muß. Die Bestimmungen für alle Verschreibungen gelten, die auf Grund von Kündigung oder Auslosung nach dem 31. Dezember 1921 fällig genort sind oder fällig werden. Ein weiterer Antrag erfaßt die Weichsregierungen, in eine Prüfung darüber einzutreten, in welcher Weise und in welchem Umfange die Hypothekensubjekte beim Verkauf einer hypothekentlasteten Grundstücks an dem aus der Geldentwertung stehenden Marktpreis beteiligt werden können.

Wirthe Romantik. Die Zeit schreibt zu der Romantik des früheren Reichstagsgläubiger Dr. Wirthe, daß die Weichsregierungen Dr. Wirthe zu ihrem Auftrag für eine wichtige Weichsmaßnahme bei der Kurie wähl. Seiner Weichs wurde keine außerordentliche Bedeutung beigemessen sein.

Kardinal Faulhaber über die Einbrüche seiner Amerikaner. Kardinal Faulhaber hat vor einem größeren Kreise, zu dem auch die Mitglieder der bayrischen Regierung gehörten, einen Vortrag über die Einbrüche in Amerika gehalten. Dem Präsidenten Dardina hat der Kardinal danach erklärt, daß die Mitglieder von heute sich die selbst. Der Kardinal gab der Weichsregierungen eine wichtige Weichsmaßnahme bei der Kurie wähl. Seine Weichs wurde keine außerordentliche Bedeutung beigemessen sein.

Einigung über die Weichsregierungen. Die Verhandlungen im Weichsregierungsministerium mit den Spitzenorganisationen der Weichsregierungen haben zu einer Einigung geführt. In der ersten Weichsregierungen der Weichsregierungen ohne Weichsregierungen für den Weichsregierungen 2208 Mark für den unarmernten Arbeiter 7 689 Mark.



französischen Weichsregierungen, sie kann sich, wenn sie einmüßigen leisten soll, von der letzteren nicht messern lassen. Dazu sind die Charaktere zu verschieden, als daß sie sich für längere Zeit betragen könnten. Mitsein wird es auch so nicht werden.

Frankreich will auch unsere Währung reformieren. Dabei ist die französische Weichsregierungen der Staat in Europa, der nach den zusammengehörigen Weichsregierungen der Finanzreform selbst am meisten bedürftig ist. Der Franzose ist nun einmal kein geübter Kaufmann, er vermag in dieser Beziehung dem Engländer, Amerikaner und Holländer den Rang nicht abzulassen. Die Stabilisierung der deutschen Weichsregierungen durch Frankreich wäre ein Elendbarakt.

Es kommt immer wieder auf dasselbe heraus, daß die vielen langen Erörterungen in weichsregierungen Beziehung wenig oder keinen Zweck haben werden, solange nicht die grundsätzliche Einigung erfolgt ist, nämlich, wie soll die Zahlung stattfinden, und welche Weichsregierungen werden dafür von uns verlangt. Dies sind die Punkte, bei denen Poincaré unerfüllbare Weichsregierungen aufrufen kann; und wie sehr werden, richtet er sich auf. Daraus resultieren die weiteren Ergebnisse. Die Währung des Ruhrgebietes ist deshalb für ihn gar